

Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 14.09.2004

Vorlage Nr. 04-F-06-0012

***Gewährung von Heimatrecht statt Abschiebung
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 28.06.2004 -
Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,
welche Möglichkeiten (insbesondere im Hinblick auf die neuen rechtlichen Bedingungen) er sieht,
Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die bereits ein Jahrzehnt oder länger in der
Bundesrepublik Deutschland leben, eine dauerhaft gesicherte Aufenthaltsmöglichkeit zu
gewähren.

Können Situationen wie die eines hier geborenen zwölfjährigen Jungen* und der in der
Stadtverordnetenversammlung bereits erwähnten Familien Mogos, Brisevac, Lazaru, Stoica u.a.
vermieden werden?

Kann diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – statt ihnen Abschiebung anzudrohen und gegen sie
durchzuführen – eine Lebensperspektive in der hessischen Landeshauptstadt zugestanden
werden?

* Quelle: Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 2004

Beschluss Nr. 0057

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2004

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2004

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2004

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister